

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

„*Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland*“, das war eine klare Ansage unserer Außenministerin am 24. Januar diesen Jahres bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Manchmal rutscht eben auch Politprofis im Eifer des Gefechts ein wahres Wort über die Lippen. Natürlich wurde Baerbocks Aussage am folgenden Tag vom Außenministerium mit der Behauptung wieder eingefangen, diese Formulierung bedeute nicht, dass Deutschland Kriegspartei sei.

Aber tatsächlich ist Deutschland im Rahmen der NATO längst aktive Partei in diesem furchtbaren Krieg, der vor einem Jahr mit dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine begann, dessen Ausgangspunkt aber im Februar 2014 liegt.

Nach dem vom Westen angezettelten Maidan-Putsch im Februar 2014 begann die ukrainische Armee eine sogenannte „Anti-Terror-Operation“ mit Bombardierungen gegen die überwiegend russischsprachige Bevölkerung im Donbass. Mit dem Abkommen von Minsk unter deutscher und französischer Führung wurden ein Waffenstillstand und Verhandlungen vereinbart. Dennoch forderten diese Angriffe auf den Donbass nach 8 Jahren bis zum Februar 2022 rund 14.000 Todesopfer. Das Minsker Abkommen war von westlicher Seite von Anfang an ein Täuschungsmanöver. Im Dezember letzten Jahres vermerkte Ex-Kanzlerin Merkel stolz: „*Das Minsker Abkommen war der Versuch, der Ukraine Zeit zu geben. Sie hat diese Zeit auch genutzt, wie man heute sieht*“. Zum Zeitpunkt des russischen Einmarsches also war die Ukraine bereits durch westliche Militärhilfe ein hochgerüstetes Land.

Mit der Lieferung immer größerer Waffensysteme, der direkten Unterstützung durch westliche Militärs auf dem Schlachtfeld und der Ausbildung ukrainischer Soldaten in Ländern der NATO hat sich ein Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland entwickelt. Der ukrainische Verteidigungsminister Resnikow kommentierte dies im Januar treffend: „*Wir führen heute eine Mission für die NATO durch, ohne ihr Blut zu vergießen*“.

Neben der militärischen Unterstützung der Ukraine haben die USA und die EU einen beispiellosen Wirtschaftskrieg gegen Russland losgetreten. Bereits im Februar letzten Jahres frohlockte die deutsche Außenministerin mit Blick auf die Sanktionen: „*Das wird Russland ruinieren*“. Die Folgen dieses Wirtschaftskrieges zahlt die Bevölkerung in der EU mit immens gestiegenen Energiepreisen und einem Reallohnverlust in bisher nicht gekannter Höhe. Die deutsche und französische Industrie scheiden weltpolitisch als wirtschaftliche Konkurrenten der USA aus.

Die Staaten der NATO, allen voran die USA, haben ein großes Interesse, den Krieg in der Ukraine in die Länge zu ziehen. Schon 4 Wochen nach Kriegsbeginn kam es im März vergangenen Jahres in Istanbul unter türkischer und israelischer Vermittlung zu direkten Friedensgesprächen zwischen Vertretern der Ukraine und Russlands. Dabei legte die ukrainische Delegation ein Papier vor, in dem sie einen blockfreien und atomwaffenfreien Status der Ukraine akzeptierte. Im Gegenzug sollte sie eine völkerrechtliche Schutzgarantie erhalten.

Während dieser Verhandlungen reiste der damalige britische Premier Boris Johnson nach Kiew und wies laut der britischen Tageszeitung "Guardian" den ukrainischen Präsidenten Selenskyj an, Putin keine Zugeständnisse zu machen. Kurz darauf kursierten in den westliche Medien Berichte über ein angebliches Massaker russischer Soldaten in Butscha und die ukrainische Regierung brach die Verhandlungen in Istanbul ab. Einige Tage später beschloß die sogenannte Ukraine-Konferenz in Ramstein auf Einladung der USA massive Waffenlieferungen an die Ukraine.

In einem Interview erklärte der damalige israelische Ministerpräsident Bennett Anfang diesen Monats, ein Waffenstillstand sei damals in greifbarer Nähe gewesen. Doch vor allem Großbritannien und die USA hätten den Prozess beendet und auf eine Fortsetzung des Krieges gesetzt. Sein Fazit: *„Ich behaupte, dass es eine gute Chance auf einen Waffenstillstand gab, wenn sie ihn nicht verhindert hätten.“*

Es ist unglaublich, mit welcher Skrupellosigkeit die Regierenden der NATO-Länder mit der Sabotage der Verhandlungen in Istanbul hunderttausende von Menschen in den Tod getrieben haben und wohl auch weiter treiben.

Mit allen Mitteln hintertreiben vor allem die USA eine Verhandlungslösung mit der Option einer politischen und ökonomischen Wiederannäherung der europäischen Länder an Russland in einer neuen Nachkriegsordnung. Auch völkerrechtswidrige Sabotageakte sind hierbei kein Tabu. Der US-Journalist Seymour Hersh, seit mehr als 50 Jahren berühmt für seine legendären Recherchen, trat vor wenigen Wochen mit der Enthüllung an die Öffentlichkeit, dass der amerikanische Präsident persönlich die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines angeordnet habe. Die Sprengsätze seien von amerikanischen Tauchern im Juni angebracht und im September mit Hilfe Norwegens ferngezündet worden. Fakt ist sicher, dass bereits am 7. Februar letzten Jahres –also noch vor Kriegsbeginn– US-Präsident Biden erklärte: „Wenn Russland einmarschiert..... wird es kein Nord-Stream mehr geben. Wir werden dem ein Ende setzen.“ Damit bleibt Deutschland auf unabsehbare Zeit auf die Lieferung von teurem, verflüssigtem Erdgas vor allem aus den USA angewiesen.

Die Bundesregierung nutzt den Krieg in der Ukraine zur Durchsetzung einer von den USA schon lange geforderten Aufrüstungspolitik. Neben den 100 Milliarden Euro Sonderschulden wurde im letzten Jahr auch die Erhöhung der zukünftigen jährlichen Rüstungshaushalte auf mindestens 2% des Bruttoinlandsproduktes als Ziel festgelegt. Die für die nächsten Jahre geplanten Rüstungsvorhaben dienen nicht der Landesverteidigung, sondern der Verbesserung der Interventionsfähigkeit der Bundeswehr im Globalen Süden und Osten.

Wir sagen: Schluss mit dieser Eskalationspolitik! Die Antworten auf den Krieg dürfen nicht Hochrüstung, Waffenlieferungen und eine Sanktionsspirale sein. Sie lauten stattdessen: Deeskalation! Waffenstillstand! Schluss mit dem Wirtschaftskrieg! Und intensive Suche nach einer Lösung durch Verhandlungen, bei denen auch den Sicherheitsinteressen Russlands Rechnung getragen wird.

Wir sagen: Nein zum 100 Milliarden-Aufrüstungspaket, Nein zum 2%-Ziel der NATO!  
Und fordern:

- Stopp der Waffenlieferungen Deutschlands und der NATO-Staaten an die ukrainische Regierung!
- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr!
- Abzug sämtlicher ausländischer Truppen und Militäreinrichtungen aus Deutschland.
- Deutschland muss das aggressive Militärbündnis NATO verlassen!
- Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrags und Abzug aller Atombomben aus Deutschland!

Stattdessen wollen wir die Milliarden aus den gigantischen Aufrüstungsprogrammen einsetzen für die Bekämpfung von Armut, für Bildung, für ein ordentliches Gesundheitssystem, für öffentlichen Wohnungsbau und den Klimaschutz!